

Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) denkt über eine Fortbildungspflicht für Lehrer nach. Hintergrund ist die durch die IQB-Studie ausgelöste Qualitätsdebatte in der Schule. In anderen Bundesländern gibt es eine solche Fortbildungspflicht bereits. Lehrerverbände im Südwesten lehnen dies ab.

Von Stefanie Schlüter

STUTTGART. Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) denkt über eine Fortbildungspflicht für Lehrer nach. Das sagte sie vergangene Woche in einer Landtagsdebatte zur Bildung. „Im Haus muss überprüft werden, ob und wie eine solche Pflicht umgesetzt werden könnte“, so eine Sprecherin des Kultusministeriums auf Anfrage.

Die Verwaltungsvorschrift „Leitlinien zur Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Baden-Württemberg“ von 2006 beschreibt die Bedeutung der Lehrerfortbildung, um die Qualität des Unterrichts zu sichern. Geregelt ist darin auch, dass Lehrer verpflichtet sind, ihre berufsspezifischen Kompetenzen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Doch über die Fortbildungen entscheidet die Schulleitung. Sie muss diese genehmigen oder kann auch Lehrer verpflichten an bestimmten Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen.

Anders als in Bayern gibt es jedoch keine Vorgaben, wie viele Fortbildungen in welchen Zeitraum zu machen sind. Das Gesamtkonzept „Lehrerfortbildung in Bayern“ sieht vor, dass Lehrer eine Fortbildungsverpflichtung von zwölf Tagen à fünf Stunden innerhalb von vier Jahren haben. Die Fortbildungsschwerpunkte einer Lehrkraft sind auch Thema des Mitarbeitergesprächs mit der Schulleitung. Außerdem sind die Schulen verpflichtet, Fortbildungspläne für die schulinterne Lehrerfortbildung zu erstellen.

In Hessen sind Lehrer bereits seit 2005 verpflichtet, ein Qualifizie-

# Verbände gegen Fortbildungspflicht

rungsportfolio zu führen. Dieses ist Grundlage für die Personalentwicklung. Für Fortbildungen erhalten Lehrer je nach Fortbildung eine bestimmte Zahl von Leistungspunkten. Innerhalb von drei Jahren muss eine bestimmte Mindestpunktzahl erreicht werden.

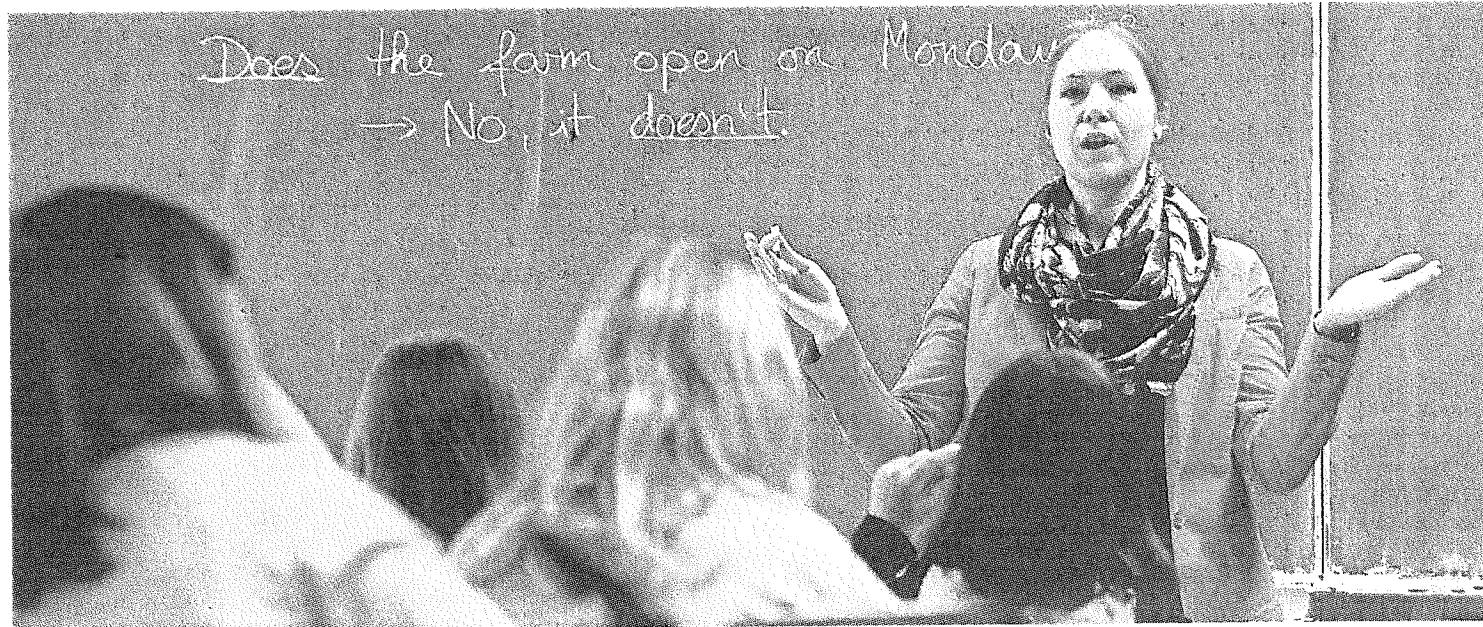
Der Realschullehrerverband in Baden-Württemberg lehnt ein solches System ab. „Dies führt nur dazu, dass Lehrkräfte gegen Ende des vorgeschriebenen Zeitpunkts von drei Jahren in eine Art „Schlussverkaufmentalität“ verfallen und dann einfach irgendwelche Fortbildungen besuchen, um auf die geforderte Punktezahl zu kommen – so jedenfalls unsere Rückmeldungen aus unserem Partnerverband VDL Hessen“, sagt die Landesvorsitzende Karin Broszat.

Für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft geht die Forderung nach einer Fortbildungspflicht in die falsche Richtung. „Lehrer gehen überdurchschnittlich viel auf Fortbildungen“, sagt Landesgeschäftsführer Matthias Schneider. Es gebe jedoch einen Mangel an qualitativ guten Fortbildungen.

„Begehrte, qualitativ hochwertige Fortbildungsangebote sind häufig drei- oder vierfach überbucht mit einer entsprechend hohen Zahl an Absagen“, sagt auch der stellvertretende Landesvorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung, Michael Gomolzig.

Nach Angaben von Bernd Saur, Landesvorsitzender des Philologenverbands, mangelt es den Gymnasiallehrern nicht am Fortbildungswillen. „Dieser ist größer als die Genehmigungen durch die Schulleitungen“, sagt Saur.

Im Jahr 2015 haben von den rund 118 000 Lehrkräften an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg etwa ein Drittel mehrtägige Fortbildungen besucht. Außerdem haben 127 000 Personen an einer oder mehreren regionalen Fortbildungen teilgenommen, heißt es von Seiten des Kultusministeriums. Hinzu kommen noch weitere, etwa schulinterne Fortbildungen, die vom Ministerium nicht erfasst werden.



Viele Lehrer haben im vergangenen Jahr eine Fortbildung besucht. Doch nach Angaben der Verbände gibt es einen Mangel an qualitativ guten Angeboten. FOTO: DPA

## Soll es eine Fortbildungspflicht für Lehrer geben?

Die Positionen der Landtagsfraktionen reichen von Ablehnung einer Fortbildungspflicht über eine Analyse von Ursachen bis hin zu Überlegungen in eine solche Richtung.



Sandra Boser, Grüne

Die Erfahrungen zeigen uns, dass die Fort- und Weiterbildungen in Baden-Württemberg von den Lehrerinnen und Lehrern häufig zu wenig angenommen werden. Für uns gilt es, zunächst zu analysieren, worauf dies zurückzuführen ist. Darauf basierend müssen die Fort- und Weiterbildungen dann so konzipiert werden, dass diese besser an die Bedürfnisse und Anforderungen an den Schulen und im Unterricht angepasst werden. (SANDRA BOSER, GRÜNE)



Karl-Wilhelm Röhm, CDU

Der entscheidende Schlüssel für eine hohe Unterrichtsqualität ist der Lehrer – es gilt das Motto: „Auf den Lehrer kommt es an!“ Wir brauchen daher bestmöglich aus- und fortgebildete Lehrkräfte, die das richtige Rüstzeug für die sich stets wandelnden Herausforderungen besitzen. Die Mehrzahl der Lehrkräfte ist an Fortbildung interessiert und nimmt die bestehenden Angebote wahr. Allerdings bedürfen alle Schüler gut qualifizierter Lehrkräfte, weshalb ein verbindliches Fortbildungsangebot durchaus bedenkenswert ist. (KARL-WILHELM RÖHM, CDU)



Rainer Balzer, AfD

Wer unterrichtet oder lehrt muss mit den neuen Technologien und Entwicklungen vertraut sein. Von daher ergibt sich ganz natürlich ein Fortbildungsbedarf. Da man das Lernen aber nicht vorschreiben kann und eine bloße Anwesenheit in Fortbildungskursen nicht wirklich nützlich ist, kann nur im Rahmen der Beurteilungsgespräche durch Vorgesetzte auf die notwendige Teilnahme an Fortbildungen hingewiesen werden. Insofern halten wir eine Pflicht zur Fortbildung für kontraproduktiv. (RAINER BALZER, AfD)



Gerhard Kleinböck, SPD

Ich halte nichts von einem Zwang zur Fortbildung. Das hat Schwarz-Gelb in Hessen mit einem Punktesystem in den 90er Jahren eingeführt und wieder eingestampft. Der Weg über mehr Eigenverantwortung der Schulen ist besser geeignet, den Fortbildungsbedarf von Lehrkräften zu koordinieren und für die Qualitätsentwicklung der Schule zu nutzen. Erfolgreiche Schulleiter und Schulleiterinnen haben damit gute Erfahrungen gemacht. Das individuelle Fortbildungsportfolio wird zudem bei beruflichen Entwicklungen berücksichtigt. (GERHARD KLEINBÖCK, SPD)



Timm Kern, FDP

Wir verschließen uns nicht grundsätzlich gegen eine Fortbildungspflicht. Für wichtiger halten wir es aber, Anreize zu setzen. Durch ein gut ausgestattetes Budget mit Fortbildungsgutscheinen für jede Schule könnten ihre Lehrer sowohl Fortbildungsveranstaltungen im Kultusbereich als auch auf dem freien Markt besuchen. Außerdem sollten die Schulleiter mehr Möglichkeiten erhalten, Gehaltserhöhungen und Beförderungen vorzunehmen und diese an die Voraussetzung der Teilnahme an Fortbildungen zu knüpfen. (TIMM KERN, FDP)